FDP-Ratsfraktion

Zu Punkt der Tagesordnung

Antrag			**0085/2010** **öffentlich** **28.01.2010**
Datum	**Gremium**	**Antragsteller/in**	
Ö 11.02.2010	Ausschuss für Schule und Sport	Ratsfrau Silke Jürgensen	
Betreff: Bildungsfonds			

Antrag

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu eruieren, unter welchen Vorraussetzungen ein Bildungsfonds in Kiel – nach dem Vorbild der Hansestadt Lübeck – realisiert werden kann und welche Chancen bestehen, hierfür Fördergelder einwerben sowie private Sponsoren gewinnen zu können.

2. Der Oberbürgermeister legt das Ergebnis dieser Prüfungen der Selbstverwaltung in spätestens einem halben Jahr vor.

Begründung:
Wie zahlreiche sozialwissenschaftliche Studien belegen, ist Armut eines der entscheidenden Ausschlusskriterien für Bildung und positive Entwicklungschancen von Kindern.
Im jüngsten Kieler Sozialbericht wurde festgestellt, dass rund 19 Prozent der Kielerinnen und Kieler - nach der Definition der Bundesregierung - unter die Armutsgrenze fallen. Rund 33 Prozent der unter 15-Jährigen erhielten Leistungen nach dem SGB II und 36 Prozent der nicht schulpflichtigen Kinder lebten von Grundsicherungsleistungen (Sozialgeld).
Den Kieler Sozialraumdaten 2008 ist zu entnehmen, dass im Rahmen der Schuleingangsuntersuchungen bei rund 33 Prozent der untersuchten Kinder „Sprachstörung“ festgestellt wurde und bei etwa 20 Prozent „sprachheilpädagogischer Förderbedarf“.
Die Hansestadt Lübeck, die vor ähnlichen Problemen steht, hat daher im vergangenen Jahr in einer gemeinsamen Initiative mit unterschiedlichen Stiftungen einen Bildungsfonds für zusätzlichen Förderbedarf an Schulen und Kindertagesstätten aufgelegt. Der Bildungsfonds dient dazu, öffentliche und private Gelder gebündelt und zielorientiert einzusetzen.
Jährlich werden dort rund 1,5 Millionen Euro insbesondere für die Ausweitung der Sprachförderung und für weitere Bildungsangebote sowie für die Versorgung und Bezuschussung von Mittagessen an Schulen und Kitas zur Verfügung stehen. Ergänzt werden diese Maßnahmen durch die Bundesinitiative „Schulbedarfspaket“.
Die Hansestadt Lübeck werde sich - so ist es dem Pressedienst zu entnehmen - auch mit eigenen Mitteln beteiligen sowie eine unbürokratische Organisation und Abwicklung sicherstellen. - Weitere Begründung erfolgt mündlich.

gez. Silke Jürgensen
Ratsfrau

f. d. R. Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer